

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 2 M., durch unsere Vertreter in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle Abbruch, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 2 M. für die 6 gelblichste Korpuszeile über deren Name, Adresse, die 2 spaltige Korpuszeile 2 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlässe. Zeitungsanzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelblichste Korpuszeile 2 M. Nachzahlungsbetrag 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Ercheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 130

Mittwoch den 7. Juni 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für etliche Leser

- Der deutsche Gesandte in Opatowitz hat wegen des Polen-terrors in Ostpreußen Vorstellungen bei der Interalliierten Kommission erhoben.
- Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter erklärt, daß das rechtzeitige Inkrafttreten des Reichsrentengesetzes in Preußen am 1. Juli unmöglich sei.
- Lloyd George und Poincaré werden am 19. Juni eine Zusammenkunft in London haben.
- Die französische Kammer hat dem Ministerpräsidenten Poincaré mit 484 gegen 100 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.
- Die erste Geschäftsitzung des Internationalen Gerichtshofes im Haag wird am 15. Juni eröffnet werden.
- Lenin hat einen Schlaganfall erlitten.

Neue Sorgen.

Der 31. Mai ist vorübergegangen, ohne der Welt die schreckensvoll angekündigten neuen Erschütterungen zu bringen. Die Reparationskommission hat die Güte geholt, sich mit den neuen Zuständen der deutschen Regierung einigermassen zufrieden zu erklären und daraufhin das zunächst nur provisorisch bewilligte Moratorium bis zum Ende des Jahres 1922 zu verlängern. Auf jederzeitigen Widerruf, selbstverständlich, und unter allerhand Vorbehalten, wie man sie bei dieser Herren ja nachgerade hinreichend kennen gelernt hat. Selbst ein Poincaré hielt es unter diesen Umständen für richtiger, bei seiner Rechtfertigung vor der Deputiertenkammer etwas mildere Töne anzuschlagen, und das stattdessen Vertrauensvotum, das er daraufhin — mit 484 gegen 100 Stimmen — von der Volksvertretung ausgesprochen erhielt, kann mit Fug und Recht als eine wertvolle Festigung seines Ansehens im Ausland buchen. Es wird ihm demnach, wenn er am 19. Juni mit Lloyd George in London sich zu gemeinsamem Frühstück niederläßt, bei der Leitung des Tischgesprächs wertvolle Dienste leisten können. Schon vor der Abstimmung der Kammer ließ der französische Ministerpräsident so im Vorbeigehen eine abspitzende Bemerkung fallen über gefährliche Versuche der Reparationskommission, eine internationale Anleihe für Deutschland unter weiterer Verzögerung der französischen Schuldensanierungsmaßnahmen zu Stande zu bringen. Er habe nicht geögert, auf Grund seiner Verantwortung als Ministerpräsident die Unannehmlichkeit einer solchen Vorgehensweise für Frankreich festzustellen. Und die Kammer hatte selbstverständlich gegen diese Art und Weise, die Anstrengungen der internationalen Finanzwelt zur Wiederherstellung geordneter Beziehungen unter den Mächten von vornherein zum Scheitern zu verurteilen, nicht das mindeste einzuwenden. Wenn es trotzdem in ihrer Mitte bei dieser Gelegenheit schließlich noch zu fürchterlichen Ständalken, ja sogar zu regelrechten Prügeleien unter Abgeordneten der Rechten und Linken gekommen ist, so leidet dies aus Gründen gegensätzlicher Meinungsverschiedenheiten über dieses Kernproblem der internationalen Politik. Die Kommunisten der Kammer waren nur wieder einmal der Meinung, daß ihre lieben Genossen in Sowjetrußland nicht respekt- und nicht liebevoll genug behandelt worden seien. Im übrigen aber kann Poincaré sich nach wie vor auf eine ziemlich geschlossene Stimmung im französischen Volk berufen, und man weiß, daß er es ausgezeichnet versteht, auf dem Instrument seiner öffentlichen Meinung zu spielen.

Ist es danach im Westen für den Augenblick wieder etwas stiller geworden, so droht die „endgültige“ Lösung der oberösterreichischen Frage im Südosten des Reiches neue Stürme heraufzubekommen. Polnische Banden, wohlgekleidet und ausgerüstet mit allen Waffen des Kleinkrieges, für den sie gedrillt sind, verbreiteten wieder wie vor einem Jahre Angst und Schrecken unter der deutschen Bevölkerung, die zu Tausenden aus ihrem Besitzstand vertrieben wird und flüchtet, wo sie nur noch hoffen kann, Schutz für das nackte Leben zu finden. Beamte wurden verprügelt, Arbeiter verjagt, der Verkehr lahmgelegt, und Nord und Ostpreußen wieder wilde Trümmer. Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hat, nach abermaliger Verhängung des Belagerungszustandes, einladendes und italienisches Militär zum Schutze der bedrohten Bevölkerung aufgebieten — die Franzosen schien man diesmal dankenswerterweise zu dieser Aufgabe, die ihnen ganz und gar nicht liegt, nicht heranziehen zu wollen. Sie sind „Bahrer des Friedens“ überall dort, wo Frankreich mit- samt seinen Vasallen von dieser Rolle profitieren kann. Wo es sich aber um Interessenskonflikte irgendeines dieser Völkchen mit uns Deutschen handelt, da kennt es nur noch Rücksicht des „Prejuge“ und der „Gloire“. Polnische Nordbrenner läßt man ohne weiteres als völlerrechtlich einwandfreie Vorkämpfer für Vaterland und Freiheit gelten. Wer aber deutsche Ehre, deutsches Land, deutsches Gut und Blut zu verteidigen unternimmt, wird von den Schergen dieser neuen Tyrannenherrschaft, die der Versailler Vertrag über Europa aufgerichtet hat, unarmbergig zur Rechenhaft gezogen. In Allenstein hat in diesen Tagen der Deutsche Schutzbund wieder einmal Heerschau gehalten und vor der Welt ein Bild der Zustände entrollt, mit denen uns der überragende französische Einfluß bedrückt hat. Man scheint nicht im geringsten davon zurück, die Dinge überall da, wo man sie nach seinen Willen gestalten

ten will, direkt auf den Kopf zu stellen und das deutsche Volk, seine Kultur, seine moralischen, seine politischen und sozialen Verhältnisse zu wahren Karikaturen zu verzerrern und danach an uns einen Maßstab anzulegen, der sich allenfalls für afrikanische oder hinterindische Kolonialvölker rechtfertigen ließe. Wenn deutsche Minderheiten in Polen oder sonstwo, selbst gegen ausdrücklich festgelegte und völlerrechtlich verbürgte Zusicherungen, vergewaltigt werden, so hält man dafür nicht einmal ein Wort der Entschuldigung für nötig.

Um so dringlicher ist die Arbeit von Organisationen wie des Deutschen Schutzbundes, die von allen Kreisen des deutschen Volkes auf das wärmste unterstützt werden sollte. Auch der „Hilfsbund für Ostpreußen“, der jetzt gegründet worden ist, weil es höchste Zeit ist, daß wenigstens dem Übergreifen der polnischen Agitation auf den deutsch bleibenden Teil von Ostpreußen mit Nachdruck entgegengetreten wird, kämpft für eine gesamt-deutsche Sache, der sich kein Deutscher entziehen sollte.

Die Gefahr am Rhein.

Putzpläne und Propagandamittel

Seit Wochen ist die deutsche Presse dauernd mit neuen Nachrichten über die Völlerungsbestrebungen der Sonderbündler am Rhein angefüllt, und die Alarmrufe aus dem bedrohten Gebiet kommen nicht zum Schweigen. Nun wird zwar von amtlichen Stellen darauf hingewiesen, daß man bei diesen Nachrichten sehr vorsichtig zu prüfen hat, wo die Übertreibungen anfangen, aber die ernste Aufmerksamkeit, mit der die Regierungsstellen selbst diese Dinge gespannt verfolgen, läßt erkennen, daß die Gefahr tatsächlich besteht und in den letzten Monaten eher größer als kleiner geworden ist. Es muß allerdings dahingestellt bleiben, ob der Plan eines bevorstehenden Handstreichs gegen die Amtsgebäude in den wichtigsten Städten des besetzten Rheinlandes so in allen Punkten zutrifft, wie er jetzt in der Presse auftaucht, aber er ist bezeichnend für den Ernst der Lage und die Siegesicherheit der Putzpläne. Diese bauen besonders auf die Hilfe der Besatzungstruppen, damit bei einer Überraschung kein Widerstand von Seiten der Zivilbevölkerung erfolgt. Sollte aber doch irgend ein Widerstand sich bemerkbar machen, dann sollen die Besatzungsbehörden und Truppen erklären, daß die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet ist. Sie würden dann keine Ansammlungen auf den Straßen und vor den Ämtern gestatten. Weiter wird behauptet, daß sich seit Wochen schon Tausende von Spionen im besetzten Gebiet aufhalten, die im gegebenen Augenblick auf der Straße erscheinen und die rheinische Bevölkerung marrieren sollen, die die rheinische Republik verlangt. Mit den Engländern glauben die Hochverräter keine Schwierigkeiten zu haben, und daß die Belgier mitmachen werden, gilt als selbstverständlich. — Neben diesen gewaltsamen Mitteln betreiben die Franzosen jedoch auch einen kulturellen Kampf gegen das Deutschtum.

Darüber wurde jetzt in Allenstein auf der dritten Bundestagung des Deutschen Schutzbundes u. a. berichtet: Die Stärkung Frankreichs und die Unterdrückung des deutschen Bewußtseins, das sind die beiden Aufgaben der Organisation der „Union Francaise“ mit 11 000 Vereinen aller Gattungen und etwa 30 Millionen Mitgliedern. In den besetzten Gebieten arbeitet man mit unentgeltlichen französischen Sprachkursen, mit Vorträgen, Theateraufführungen, Konzerten, Flugchriften, Lesehallen, französischen Buchhandlungen, Pariser Modejournalen, um auch so die deutschen Frauen zu gewinnen. In den Schulen versucht man, das französische Buch einzuführen. Kunstausstellungen werden veranstaltet, und die Presse wird beeinflusst durch französische Korrespondenzbüros. Man kauft Zeitungen und gründet eigene Zeitungen und Zeitschriften. Eine strenge Zensur sorgt dafür, daß nur das erscheint, was dem französischen Nachbar genehm ist. Was wir demgegenüber tun müssen, ist, uns auf unsere Nationalität und unser deutsches Wesen zu besinnen.

Die Ermordung Erzbergers vor Gericht.

Kapitänleutnant v. Killinger als Angeklagter § 50ff. des St. G. B. im Juni.

Am 7. Juni beginnt vor dem hiesigen Schwurgericht der auf zehn Tage veranschlagte Prozeß gegen den früheren Kapitänleutnant v. Killinger, der beschuldigt wird, den der Ermordung Mathias Erzbergers, des ersten Reichsfinanzministers der deutschen Republik, dringend verhängenen Erbitten Heinrich Illkessen und Heinrich Schulz wissenschaftlich Beistand geleistet zu haben, um sie der Verurteilung zu entziehen, und diesen Beistand schon vor Begehung der Tat zugesagt zu haben. Da Schulz und Illkessen flüchtig sind, konnte nur gegen v. Killinger Anklage erhoben werden. Da die Weichteile aber voransetzt, daß ein anderer die Straftat begangen hat, muß die Staatsanwaltschaft zuerst den Beweis liefern, daß Schulz und Illkessen die Mörder sind. Es sind nicht weniger als

89 Zeugen geladen.

Die Verteidigung des Angeklagten hat der hiesige Rechtsanwalt Dr. Krieg übernommen; der Münchener Rechtsanwalt Gähler, der gleichfalls als Verteidiger tätig sein sollte, hat inzwischen durch Selbstmord geendet.

Die Vorgeschichte des Prozesses drückt, da sie allgemein bekannt sein dürfte, wohl nur kurz rekapituliert zu werden.

Am 26. August 1921 wurde der Reichsminister a. D. und neuwogadabgeordnete Mathias Erzberger auf der Aniebsstraße, die von Bad Griesbach auf die Aniebshöhe führt, ermordet. In seiner Begleitung hatte sich der Zentrumabgeordnete Diez befinden, der auch einen Schuß erhielt, infolgedessen vorübergehend vollkommen gelähmt war, sich dann aber wieder erholt hat. Die Angaben, die Diez über die Mörder machen konnte, waren zu unbestimmt, als daß sie für die weitere Untersuchung hätten verwertet werden können. Nur so viel war klar, daß der Mörder v. Hirschfeld, der früher ein Attentat auf Erzberger verübt hatte, und der zur Zeit dieses zweiten Attentats sich in dem nicht weit entfernten Ortsteil in Württemberg aufhielt, als Täter nicht in Frage kommen konnte.

Allmählich lenkte sich der Verdacht auf zwei junge Männer, die am Mordtage und schon einige Tage vorher von verschiedenen Personen in der Gegend der Mordtat gesehen worden waren. Sie hatten im Hotel „Zum Hirschen“ in Oppenau unter den Namen „Berger“ und „Mese“ gewohnt und sich als Studenten aus Jena ausgegeben. Durch allerlei Indizien wurde dann festgestellt, daß „Berger“ und „Mese“ in Wirklichkeit Schulz und Illkessen hießen. Die Untersuchung hatte sich aber vermahen verzögert, daß es den beiden Männern, die als die Mörder Erzbergers anzusprechen waren, inzwischen gelungen war, über Oppenau und Appenweiler nach München zu entkommen und hier noch längere Zeit unangekündigt zu bleiben, bis sie nach Ungarn entflohen. In München befand sich der Stg der

„Geheimorganisation Consul“

Die von früheren Mitgliedern der aus dem Rapp-Butsch her bekannten „Brigade Ehrhardt“ gebildet war und das Ziel verfolgte, die Persönlichkeiten wie Erzberger, denen man die Haupt- oder Mitschuld am Übergang des alten Reiches zuschrieb, zur Rechenschaft zu ziehen, b. h. zu beseitigen. Dieser Organisation gehörte neben Schulz und Illkessen auch der jetzige Angeklagte v. Killinger an, und er soll sich nicht nur an den Vorbereitungen zu dem Mord an Erzberger beteiligt haben, sondern auch zur Zeit der Tat in unmittelbarer Nähe des Latories gewesen sein und die flüchtigen Täter sowohl unterwegs wie auch noch in München begünstigt haben. Hierüber soll nun die bevorstehende Verhandlung, die mit großer Spannung erwartet wird, Klarheit bringen. Da ein Urteil gegen die Mörder oder gegen die des Mordes beschuldigten Substanten nicht zustande kommen kann, ist der Prozeß strafprozessual eine Verleumdung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verlängerung des deutsch-italienischen Abkommens.

Mit der italienischen Botschaft in Berlin ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach das deutsch-italienische vorläufige Wirtschaftsabkommen vom 28. August 1921 für weitere neun Monate bis zum 28. Februar 1923 in Kraft bleibt.

Die deutsch-rumänische Finanzkonferenz

Wird am 8. Juni in Bukarest zusammentreten. Auf dem Programm stehen die folgenden drei Fragen: 1. Das rumänische Golddepot bei der Reichsbank, 2. die Ausgabe von Papiergeld durch die deutsche Armee während der Okkupation Rumaniens, die Erstattung des Gegenwertes durch Deutschland und die Modalitäten der Erstattung, 3. die Frage der sequestrierten deutschen Güter.

Gewaltsame Enteignung deutscher Ansiedler in Polen.

Aus allen Kreisen des Bezirks Bromberg laufen Beschwerden darüber ein, daß den deutschen Ansiedlern ihre Stellen gewaltsam fortgenommen werden. In der Ansiedlung Hedwigshorst wurde fünf deutschen Ansiedlern das Verfügungsrecht über das lebende und tote Inventar wie auch die Vorräte entzogen. Die fünf Ansiedler, die ihre Wirtschaften 1910 und 1909 von der deutschen Ansiedlungskommission gekauft hatten, werden durch die Enteignung ihrer Existenz berührt. In der Umgebung von Schneidemühl wurden den deutschen Ansiedlern ihre Anwesen enteignet und Polen übergeben. Nach Kräften ist die polnische Gendarmerie bemüht, die deutschen Ansiedler durch allerlei Schikanen zu einer freiwilligen Auswanderung zu bewegen; erfolgt diese nicht, so setzen die Zwangsmaßnahmen ein.

Deutsch-Osterreich.

X Neue Kreditanträge. Im Nationalrat brachte der Finanzminister eine Kreditermächtigungsvorlage ein, in der die Regierung einen Betrag von 78,7 Milliarden fordert. Dies ist der Restbetrag des Kredites, welcher der Regierung bisher nicht bewilligt wurde. Aber auch mit dieser Kreditermächtigung wird man wegen der Entwertung der Krone und der dadurch bedingten Steigerung des Personal- und Sachaufwandes wohl kaum reichen.

Rußland.

X Die schwere Erkrankung Lenins ist neuerdings durch einen Bluterguß in das Gehirn erheblich verschlimmert worden, und man rechnet damit, daß der Leiter der russischen Politik auf lange Zeit von den Staatsgeschäften fernbleiben muß. Da Trotski und Litwinow die schärfere kommunistische Richtung vertreten, so ist die Erkrankung Lenins augenblicklich von um so größerer politischer Bedeutung. Litwinow und Nabel sowie der gesamte Stab Litwinows sind auf diese Nachricht hin von Berlin umgekehrt nach Moskau geeilt.